

Ägypten vor neuer Gewalt

An dem Ort in Kairo, wo Anwar al-Sadat am 6. Oktober 1981 von Islamisten ermordet wurde, glänzt an diesem Samstag eine Blutlache in der heißen Julisonne auf dem Asphalt. Hier liegt auch das Grab des ermordeten Präsidenten und etwas weiter die Straße hinab steht die Rabaa-al-Adawia-Moschee, vor der seit Wochen die Anhänger des abgesetzten Präsidenten Mohammed Mursi demonstrieren. In den frühen Morgenstunden kam es hier zu Kämpfen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften, nachdem Mursis Anhänger versucht hatten, eine Hauptverkehrsachse der Stadt, die 6.-Oktober-Brücke, zu besetzen. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums wurden mindestens 65 Menschen getötet und 269 verletzt. Die Muslimbruderschaft hingegen spricht von 120 Toten und 4500 Verletzten. Der Kampf in Ägypten ist stets auch einer um die Wahrheit.

In der Nacht zuvor waren Millionen von Menschen in ganz Ägypten auf die Straßen gegangen, nachdem Verteidigungsminister Abdel Fattah al-Sisi am Mittwoch in einer Ansprache die Ägypter dazu aufgefordert hatte, zu demonstrieren, um seine Politik zu legitimieren. „Ich bitte alle ehrenhaften und verantwortungsvollen Ägypter, am Freitag auf die Straße zu gehen, um mir die Vollmacht zu erteilen, Terrorismus und Gewalt zu konfrontieren“, sagte Al-Sisi. Die Unterstützer des Verteidigungsministers strömten daraufhin am Gebets-tag der Muslime in Massen auf den Tahrir-Platz im Herzen Kairo und zum Präsidentenpalast im Norden der Stadt. Abu Bakr al-Gindy, Chef der zentralen Agentur für öffentliche Mobilisierung und Statistik, schätzte, dass 35 Millionen Menschen am Freitag in Ägypten demonstriert hätten. Dies habe die Auswertung von Satellitenbildern ergeben. Die Demonstranten trugen Plakate mit Aufschriften wie: „Ich ermächtige das Militär und die Polizei dazu, gegen den Terror zu kämpfen.“ Auf anderen war zu lesen: „Der Falke des Krieges“ und daneben das Porträt al-Sisis, mit den ehemaligen Präsidenten Gamal Abdel Nasser und Anwar al-Sadat und der Zeile: „Die Führer Ägyptens“.

Die Islamisten hingegen demonstrieren gegen den Sturz Mursis durch das Militär am 3. Juli und versuchen, das öffentliche Leben in Kairo lahmzulegen. Vor der Rabaa-al-Adawia-Moschee versammelten sich am Freitag wieder Tausende Menschen. „Es gibt zwei Optionen: Entweder al-Sisi geht und Ägypten kehrt zur Rechtmäßigkeit zurück, oder wir werden weiterhin das Land mit zivilem Ungehorsam, Demonstrationen und anderen Formen der Eskalation lähmen“, sagt Magdi Abdelmabud, ein Pro-Mursi-Demonstrant.

Genau gegen diese Strategie scheinen aber viele Ägypter zu sein. Sie fürchten einen Zusammenbruch des öffentlichen Lebens und noch mehr Gewalt. Denn in den vergangenen Wochen sind die Kämpfe eskaliert. Einiges spricht dafür, dass die Opferzahlen weiter steigen werden. Am Wochenende könnte der Konflikt eskalieren. Die Militärführung hat den Islamisten ein 48-Stunden-Ultimatum gesetzt, um sich am nationalen Versöhnungsprozess zu beteiligen. Diese Frist lief am Samstagabend aus. Die über die Medien verbreitete Aufforderung hatte den Titel „Letzte Chance“. Zudem hatte der Innenminister vertrauen lassen, dass die Sitzstreiks der Islamisten schon bald aufgelöst würden.

Die Situation in Ägypten ist explosiv und die Proteste zeigen, wie gespalten das Land mittlerweile ist. Niemand weiß, was die nächsten Tage, geschweige denn Wochen oder Monate bringen werden. Auch deshalb hoffen viele Ägypter, dass die Militärführung das Land mit starker Hand wieder in ruhigere Gewässer manövriert. Die Sicherheitslage hat sich so sehr verschlechtert, dass sich viele eine harte Hand wünschen. In den sozialen Netzwerken wird das Durchgreifen der Sicherheitskräfte hingegen scharf verurteilt. Viele der Aktivisten stehen dem Militär skeptisch gegenüber. Sie haben die anderthalb Jahre Militärherrschaft nach dem Sturz des Diktators Husni Mubarak 2011 nicht vergessen, in denen etliche von ihnen ohne faire Gerichtsverfahren vor Militärgerichten verurteilt und Hunderte von Menschen bei Demonstrationen brutal zusammengeschlagen wurden. Ein Aktivist warnte die Ägypter am Wochenende über Twitter: „Die große Gewalt hat noch nicht begonnen.“

Amira El Ahl



Dominikus Collenberg (r.) hat mit Kleinbauern ein Netzwerk aufgebaut, das naturbelassene Materialien für Kosmetik- und Lifestyleprodukte exportiert. Gemeinsam modernisieren sie dabei die Dörfer



Jenseits von Schwarz und Weiß

Seit Jahren verfolgt Afrikas ältester Diktator Robert Mugabe weiße Farmer und stürzt Simbabwe so ins Elend. Doch zwei Deutsche geben nicht auf. Sie wollen der Landwirtschaft neuen Schwung geben und den Menschen Hoffnung

H

Heinrich von Pezold erinnert sich noch, wie er an jenem Tag im Staub kniete, die Hände gefesselt. An die Axt, die ein Mann drohend über seinem Kopf schwenkte. Dreizehn Jahre ist dieser Tag her, als sie ihn von seiner Farm vertreiben wollten. Mit Knüppeln, Beilen und Macheten waren sie gekommen, als er gerade auf einem seiner Felder war, und brachten ihn in ein Dorf. Sie zwangen ihn, Revolutionslieder der Partei von Diktator Robert Mugabe zu singen: „Vorwärts mit der Zanu-PF, nieder mit den weißen Farmern!“ schmetterte er lauthals.

VON PHILIPP HEDEMANN UND CHRISTIAN PUTSCH
AUS SIMBABWE

Die Erinnerung hat sich tief eingebrannt, diese enorme Wut über die drohende Enteignung. Schließlich war er erst zwei Jahre zuvor nach Simbabwe gekommen. Mit dem Unrecht der britischen Kolonialzeit hatte er nichts zu tun. Seine Eltern hatten die Farm erst 1988 gekauft, als Mugabe ausländische Investoren regelrecht umwarb. Ich bin der Falsche, schoss es ihm durch den Kopf, als er da auf dem Boden kniete. Aber zugleich merkte er etwas anderes, das ihn überraschte: Er hatte keine Angst um sein Leben. Dabei wäre er nicht der Einzige gewesen, den sie umbrachten. Elf Farmer starben im Lauf jener Jahre.

Wer den unerschrockenen Dickkopf Pezold verstehen will, muss ihn auf seiner Farm „Forrester Estate“ besuchen. Sie liegt zwei Autostunden nördlich der Hauptstadt Harare. Der Großgrundbesitzer empfängt barfuß, in kurzen Hosen und im Designerhemd. Vor ein paar Monaten ist er mit seiner Frau und seinen beiden Kindern eingezogen, der Blick von der Terrasse der riesigen Villa schweift über Felder, Wälder und einen Stausee. Alles seems. Etwa 2000 Menschen arbeiten hier.

Von Mugabes Hasstiraden lässt sich der 40-Jährige nicht einschüchtern. Früher nicht und auch heute nicht, wenige Tage vor den Präsidentschaftswahlen am Mittwoch. „Die sogenannte Revolution wird nicht vom Volk getragen“, sagt Pezold. „Mugabe hat sie von oben angezettelt. Nur eine kleine, korrupte Elite steht dahinter.“

Tatsächlich ist das abenteuerliche Leben des Heinrich von Pezold Teil der

größeren Tragödie, in der Simbabwe steckt. Seit 1980 regiert der mittlerweile 89-jährige Robert Mugabe, der als vernünftiger Reformler anfang und sich zum Diktator wandelte. Die Verfolgung der weißen Landwirte war eine der Irrsinnskampagnen, mit denen er Terror verbreitete, seine Macht zementierte und zugleich den Hunger in seinem Land verbreitete sowie Seuchen, die ihm folgten. Fast alle Existenzen der einst 4800 weißen Farmer sind ihm zum Opfer gefallen. Pezold gehört zu den letzten 500. Die anderen sind geflohen oder haben nach der Enteignung den Beruf gewechselt. Außer ihm gibt es nur eine Hand voll deutscher Farmer in Simbabwe, die zumindest einen Teil ihrer Böden retten konnten. Aber nur wenige wagen, sich öffentlich so zu äußern wie Pezold. Er hat die Ressourcen, um sich vor internationalen Gerichten gegen Mugabe zur Wehr zu setzen. Die anderen versuchen, möglichst wenig aufzufallen.

Denn auch wenn es nun Wahlen gibt, wagt kaum jemand, auf das Ende der Zanu-PF-Herrschaft zu hoffen. Gezielt siedelte die Regierung zuletzt loyale Soldaten in städtischen Wahlkreisen an, in denen ihre Mehrheit gefährdet ist. In einigen Bezirken gibt es mehr registrierte Wähler als Wahlberechtigte und im landesweiten Wahlregister stehen 16.000 Menschen, die ihrem Geburtsdatum zufolge mehr als 100 Jahre alt sein müssten – zum Vergleich: In Japan, dem Land mit dem weltweit höchsten Anteil an Uralten, gibt es nur etwa 40.000 über Hundertjährige, bei einer zehnfach größeren Bevölkerung als in Simbabwe. So dubios sind die Voraussetzungen der Wahl, dass Simbabwes Wahlkommission nur mühsam das notwendige Geld für die Organisation der Abstimmung aufbrachte. Die Vereinten Nationen lehnten Anträge wegen mangelnder Transparenz ab, sogar im Nachbarland Botswana bat man um Hilfe und blitze ab. Erst dann stellte die Zanu-PF doch zusätzliche Mittel bereit. Immerhin kontrolliert ihr Führungszirkel die Einnahmen aus dem Diamantenhandel.

Mugabes Gegner warnen deshalb vor Manipulation. Nicht afrikanische Wahlbeobachter sind unerwünscht, Journalisten werden massiv behindert. Auch für Reporter der „Welt am Sonntag“ war die Einreise in diesen Tagen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Ein Berichterstatter aus Kenia sitzt gar seit Tagen in Haft, weil ihm eine Genehmigung des

Informationsministeriums fehlte. Doch es gibt auch Fortschritte in Mugabes Schattenreich: Anders als vor der umstrittenen Wahl 2008 hängen in den Straßen Harares Wahlplakate der Bewegung für einen Demokratischen Wandel (MDC). Vor fünf Jahren rissen Zanu-PF-Anhänger die Wahlkampfmaterialien ihrer Gegner noch überall von den Wänden. Aber auch Präsident Mugabe lächelt von unzähligen Flächen in der Stadt. Die Parteistrategen haben ein rund 20 Jahre altes Foto gewählt, auf dem er weit mehr Haare und ein fülligeres Gesicht hat. Viele Wähler erkennen ihn kaum mehr, denn seither hat der Prostata-Krebs Mugabe schwer gezeichnet.

Und sein Gegenkandidat Morgan Tsvangirai ist heute immerhin schon Ministerpräsident. Zwar hatte er auch schon 2008 vorn gelegen, doch zu dem entscheidenden zweiten Wahlgang kam es damals nicht, weil die Opposition gegen massive Einschüchterungen und Manipulationen protestierte. Nur nach einem zähen, gewalttätigen Ringen konnte Mugabe bewegt werden, seinen Gegner in die Regierung aufzunehmen, doch seither ist er bemüht, Tsvangirai nach Kräften zu isolieren und zu sabotieren. Zumindest unter fairen Bedingungen könnte Mugabes Herausforderer durchaus gewinnen, denn der zarte Wirtschaftsaufschwung ist hauptsächlich ihm und seiner Partei zu verdanken. Doch die einstige Rolle als Hoffnungsträger hat Tsvangirai eingebüßt. Dafür hätte es in dem konservativen Land gar nicht einmal seiner zahlreichen Sexskandale bedurft, die Mugabe in seinen Wahlwerbesspots genüsslich ausrollt, Auftritte von Tsvangirais Ex-Geliebten inklusive.

Schlimmer wiegt, dass sich Mugabe bisweilen widerstandslos gegen ihn durchsetzt, zuletzt bei der Entscheidung, dass mehrere Millionen ins Ausland geflüchtete Simbabweer nicht wählen dürfen. Farmer Pezold fürchtet, dass auch diese Wahlen mit Gewalt enden: „Mugabe glaubt, dass er wegen seiner Verdienste um die Unabhängigkeit Simbabwes vor 33 Jahren auf Lebenszeit das Recht hat, Wahlen zu gewinnen. Wenn die Leute ihn nicht mehr freiwillig wählen, dann zwingt er sie.“

Erneut herrscht große Ungewissheit im Land. Entsprechend halten sich auch deutsche Investoren zurück, bei denen nach den letzten Wahlen das Interesse an Simbabwe nur kurz aufgekeimt war.



Im September 2008, als die Einführung des US-Dollar als Landeswährung bevorstand, organisierte der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft eine Reise nach Simbabwe. Sie war ausgebucht, 20 Firmen waren dabei.

Doch Mugabe erließ schon bald ein Gesetz zur „Indigenisierung“ der Wirtschaft, das sogar für einige mittelständische Unternehmen und alle größeren Firmen einen Mehrheitsbesitz von Simbabweern vorschreibt. Investoren aus westlichen Ländern halten sich seitdem zurück. „Es hat seit 2008 nur noch eine kleinere Reise gegeben, in diesem Jahr ist das Interesse gleich null“, sagt Bernd Doppelfeld, der Simbabwe-Repräsentant des Afrika-Vereins, „alle warten ab, was passiert.“

Das stimmt nicht ganz. Am Stadtrand von Harare findet man in einem umfunk-

tionierten Familienhaus einen, der nicht warten wollte. Der Deutsche Dominikus Collenberg investierte hier im Jahr 2007 sein komplettes Privatkapital ausgerechnet in die Gründung einer Agrarfirma, zu einer Zeit, als Simbabwe jedes Leben zu entweichen schien. Millionen flüchteten vor der Hyperinflation und Arbeitslosigkeit ins Nachbarland Südafrika. In den Restaurants fehlten die Preise auf den Karten, weil sie sich zwischen Vor- und Nachspeise verdoppelten.

Den schlanken Diplom-Landwirt frustrierte nach 15 Jahren in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, dass viele Projekte nach der Übergabe an einheimische Partner scheiterten. Also machte er sich mit einem sozialen Unternehmen selbstständig. Per Zufall hatte er auf der Fahrt vom Flughafen nach Harare einen intensiven Pflanzen-